

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Carolina Trautner

Abg. Kathi Petersen

Abg. Günther Felbinger

Abg. Thomas Mütze

Abg. Berthold Rüth

Staatssekretär Georg Eisenreich

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Eingaben

betreffend Lehrersituation an den Grundschulen am bayerischen Untermain und an den Grund- und Mittelschulen im Bereich des Schulamtsbezirks Miltenberg (BI.0004.17, 0005.17, 0006.17, 0007.17, 0008.17 und 0011.17)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat sich mit den Eingaben in seiner Sitzung am 20. Februar 2014 befasst. Er hat beschlossen, die Eingaben gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Den Petentinnen und Petenten sind die Stellungnahmen der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Die Fraktionen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER haben namentliche Abstimmung beantragt.

Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kommt nicht sehr häufig vor, dass Petitionen ins Plenum hochgezogen werden. Wir machen uns das bestimmt nicht leicht. Wenn es aber um so wichtige Dinge geht, die Schüler, Lehrer und Eltern betreffen, dann ist es richtig, dieses Thema auch hier im Plenum noch einmal zu besprechen, zumal 3.370 Eltern vom bayerischen Untermain die Petitionen zur Verbesserung der Lehrerversorgung am Untermain unterschrieben haben. Auch der Personalrat steht einstimmig dahinter und sagt: Die Lehrerversorgung am bayerischen Untermain ist untragbar. Es ist also wichtig, dass dieses Thema im Hohen Haus einmal besprochen wird.

Seit vielen Jahren ist die Region Bayerischer Untermain gegenüber den anderen Regionen in Bayern benachteiligt. Die Lehrer, die eigentlich vor Ort bleiben müssten, werden zum großen Teil nach Oberbayern geschickt und fehlen.

Die zentralen Forderungen der fünf Petitionen lauten: Erstens. Die Beamtenquote am Untermain soll dauerhaft auf mindestens den bayerischen Durchschnitt erhöht werden.

Zweitens. Rückkehrmöglichkeiten für Lehrkräfte, die zum Beispiel nach Oberbayern versetzt wurden, aber wieder zurück wollen, sollen geschaffen werden.

Drittens geht es um Angestelltenverträge mit einer Mindestbefristung von zum Beispiel zwei Jahren, damit die Lehrkräfte länger an einer Schule bleiben können und nicht immer gleich nach einem Jahr wieder versetzt werden. Insbesondere an Grundschulen ist es sehr wichtig, dass in den Klassen eins, zwei, drei und vier der Lehrer nicht gewechselt wird.

Ich nenne einige Fakten, die das unterstreichen. Bayernweit liegt die Beamtenquote bei rund 96 %. Das heißt, 4 % aller Lehrer in Bayern haben befristete Arbeitsverträge. Das ist der Durchschnittswert. Am Untermain, insbesondere im Landkreis Miltenberg, sind es in den letzten zehn Jahren immer mehr gewesen, mindestens 8 %. Es waren aber auch schon 12 % und 14 %. Der Personalrat schreibt: Bis zu 20 % aller Lehrkräfte an einzelnen Schulen und bis zu 40 % aller beschäftigten Lehrer müssen jährlich ausgetauscht werden. Kaum eine Region in Bayern steht schlechter da. Im aktuellen Schuljahr arbeiten 36 Lehrer auf Angestelltenbasis.

Deshalb muss hier etwas passieren, meine Damen und Herren. Deswegen behandeln wir diese Eingabe im Plenum.

Wir haben eine große Lehrerfluktuation. Das habe ich schon gesagt. Nach § 6 der Lehrerdienstordnung sollen die Lehrer grundsätzlich bleiben. Sie werden im Prinzip aber immer ausgetauscht. Die Ausnahme ist am Untermain zur Regel geworden. Es

kann nicht sein, dass die Schüler von der ersten bis zur vierten Klasse in jedem Jahr einen neuen Lehrer bekommen. Das ist eine ungute Situation.

Das Kultusministerium versetzt die besten Lehrer vom Untermain nach Oberbayern.

(Inge Aures (SPD): In Oberfranken auch! Nicht nur am Untermain!)

Der Pflichtunterricht kann gerade noch abgedeckt werden. Das ist insgesamt zu wenig. Wenn Lehrerinnen schwanger werden oder krank sind, dann bricht an vielen Schulen am Untermain das reine Chaos aus. Zum Teil werden Klassen nach Hause geschickt, Deutschkurse usw. fallen aus.

Das Kultusministerium hat die Situation in diesem Schuljahr leicht verbessert. Das Problem war allerdings, dass das Loch an anderen Stellen wieder neu aufbrach, zum Beispiel im Landkreis Schweinfurt. Wegen Krankheit von Lehrern wurden Klassen für eine Woche nach Hause geschickt.

Der Elternbeirat fordert, dass ein Zweijahresvertrag angeboten wird. Das geht nach § 14 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes. Das Kultusministerium sagt Nein.

Die Forderungen des Personalrates sind richtig und notwendig. Lehrkräfte, die nach der zweiten Ausbildungsphase oder über die Warteliste die Einstellungskriterien erfüllen und in der Region bleiben wollen, sollen bleiben können, unabhängig vom Familienstand. Das ist ganz wichtig und auch notwendig. Dafür müssten wir im Bayerischen Landtag einen Antrag stellen.

Diese Petitionen sind nur die Spitze des Eisbergs. Gerhard Bleß, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, hat die verfehlte Einstellungspolitik des Kultusministeriums in Unterfranken letzte Woche scharf kritisiert. Von 255 dort ausgebildeten Lehrern erhalten in Unterfranken nur 48 eine Stelle, 71 wurden nach Oberbayern versetzt und 136 wurden arbeitslos. Insbesondere am Untermain ist eine effektive Schulentwicklung nicht mehr möglich. Wir müssen etwas tun, meine Damen

und Herren. Wir fordern das Kultusministerium auf, nicht darzulegen, wie es nicht geht oder warum es nicht geht, sondern zu sagen, wie es geht. Die Vertreter des KM sagen immer, es müssen Maßnahmen ergriffen werden, aber sie haben bisher noch nicht gesagt, welche das sind.

Die Situation am Untermain hat sich, wenn überhaupt, nur graduell verbessert. Deshalb fordern wir, dass die Petitionen nicht für erledigt erklärt werden, sondern wir fordern nach § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung Berücksichtigung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Fahn. Für die CSU-Fraktion hat sich Frau Kollegin Trautner gemeldet. – Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute schon an anderer Stelle gehört: Jeder dritte Euro des bayerischen Haushalts fließt in die Bildung. Ich finde, das ist nicht normal, sondern beachtlich.

(Beifall bei der CSU)

Dennoch kann es in einzelnen Bereichen zu besonderen Herausforderungen kommen, auf die man dann reagieren muss. Genau das haben wir im Fall Untermain auch getan.

Ich begrüße natürlich den engagierten Einsatz von Lehrkräften und Eltern vor Ort. Hier im Hause hat sich ebenfalls eine große Zahl von Kollegen eingesetzt. Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass die Lehrerversorgung in ganz Bayern in angemessenem Maße gewährleistet ist. Sie muss sich jeweils am regionalen Bedarf orientieren und steht vor dem Hintergrund des demografisch bedingten Rückgangs der Schülerzahlen. Während die Schülerzahlen in Oberbayern von 2002 bis 2013 um 14,2 % zurückgingen, sanken sie im gleichen Zeitraum in Unterfranken um 33,9 %. In den Grund- und Mittelschulen im Regierungsbezirk Unterfranken ist im letzten Schuljahr ein Schüler-

rückgang von rund 2.100 Schülern zu verzeichnen. Wenn man den bisher geltenden Verteilerschlüssel zugrunde legen würde, dann hätte dieser Schülerrückgang einen Abbau von 100 Lehrerstellen zur Folge haben müssen. Doch trotz dieser rückläufigen Zahl ist die Zahl der Grund- und Mittelschullehrer sogar leicht gestiegen. Das liegt daran, dass Landkreise mit einer kleinteiligen Schulstruktur und einem signifikant hohen Schülerrückgang mit dem sogenannten Demografiezuschlag unterstützt werden. So sind für dieses Schuljahr acht Vollzeitstellen für den Erhalt kleiner Grundschulen und zehn Vollzeitstellen als Budgetzuschlag für Grundschulen für die Regierung von Unterfranken geschaffen worden. Bayernweit sind in den vergangenen fünf Jahren, das wurde auch schon gesagt, 96 % der Beschäftigungsverhältnisse unbefristet vergeben worden. Schulübergreifend hat der Regierungsbezirk Unterfranken hier sogar eine unbefristete Beschäftigungsquote von 96,9 % vorzuweisen. Dies ermöglicht Planungssicherheit und bildet die Grundlage für ein hohes Maß an Kontinuität.

Der bayerische Durchschnitt in Bezug auf befristete und unbefristete Verträge ist im Landkreis Aschaffenburg bereits erreicht worden. Auch im Landkreis Miltenberg wurden große Fortschritte erzielt. Die Quote hat sich dort von 89 % auf 94 % erhöht. Das Ministerium strebt eine Angleichung an den bayernweiten Schnitt von 96 % an. Die Zahl der befristet angestellten Lehrkräfte wurde dort von im Vorjahr 53 auf 27 reduziert. Da kann man doch nur sagen: Diese Region erfährt eine gute Entwicklung. Das behalten wir im Auge und fahren so fort.

(Beifall bei der CSU)

Mit Blick auf das Untermaingebiet ist es natürlich das Ziel, dass die Lehrkräfte, die dort unterrichten, möglichst auch dort bleiben. Versetzungswünschen wurde deshalb nur nach ganz strengen sozialen Kriterien entsprochen. Andererseits sind aktuell 24 Bewerber auf eigenen Wunsch von Oberbayern nach Unterfranken zurückversetzt worden. Bewerber mit Kindern sollen möglichst in die Heimatregion zurückkehren können, wenn sie dies wünschen. Ein generelles Rückkehrrecht kann aus Gründen der Gleichbehandlung natürlich nicht eingeräumt werden.

Im Mittelpunkt unserer Überlegungen müssen selbstverständlich die Schülerinnen und Schüler stehen. Deshalb besteht Konsens, dass eine Kontinuität der Klassenführung von zwei Jahren so wichtig ist. Mit der Schaffung zusätzlicher unbefristeter Stellen wird dieses Ziel schrittweise erreicht.

Klar ist aber auch, dass Ausnahmen, bedingt durch Versetzungen, Beförderungen oder Beurlaubungen weiterhin gesetzlich möglich sein müssen. Zweijährige Verträge garantieren nicht zwingend eine zweijährige Bindung an die Klasse. Das sollte so sein, aber flexible Reaktionen auf Rückkehrer müssen weiterhin möglich sein. Beurlaubungen und Teilzeitverträge wurden aufgrund der hohen Fluktuation nur schuljahresweise ausgesprochen. Hier besteht ein sachlicher Befristungsgrund für die Ersatzkraft. - Ein weiteres Anliegen ist eine ausreichende Mobile Reserve. Der Freistaat hat trotz sinkender Schülerzahlen eine weitere Aufstockung während des Schuljahres vollzogen.

Zudem wurde die Beschränkung der Nachbesetzung durch ein festgelegtes Kontingent aufgehoben. Seit dem Jahr 2012 werden alle Lehrkräfte, die bis Februar ausscheiden, in vollem Umfang ersetzt. Spürbare Verbesserungen für die Region sind also offensichtlich und werden weiterverfolgt. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Trautner, Sie haben gesagt, die Zahl der befristeten Verträge sei von 53 auf 27 zurückgegangen. So schreibt es das Kultusministerium. Sie haben aber nicht die noch dazugekommenen Gymnasiallehrer dazugezählt. Ich habe mir vom Schulamt alle Verträge zeigen lassen. Dann kommt man nicht auf 27, sondern auf 36. Darum ist die Situation längst nicht so rosig, wie Sie sie beschreiben.

Das Kultusministerium rechnet nicht die Gymnasiallehrer dazu.

Carolina Trautner (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege, auch ich habe mich erkundigt; Sie hatten das schon im Ausschuss gesagt. Sie haben schlicht und ergreifend die Mobile Reserve dazugezählt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Trautner. Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Petersen das Wort. Bitte schön.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube, mit der Milch der frommen Denkart kommen wir nicht sehr viel weiter. Es handelt sich um sechs Petitionen, die die Elternbeiräte und Lehrer aus den Landkreisen Miltenberg und Aschaffenburg an den Landtag geschickt haben. Ihr gemeinsames Anliegen ist die Verbesserung der Lehrersituation, vor allem an den Grundschulen am bayerischen Untermain. Die Kritikpunkte sind keineswegs überholt, im Gegensatz zu dem, was meine Vorrednerin eben gemeint hat.

Da ist zum einen die hohe Fluktuation. 20 %, zum Teil sogar 40 % der Lehrer wechseln jährlich. Die Kinder leiden darunter. Wir reden von Grundschulern. Bei Erkrankung von Lehrern fallen Stunden aus. Klassen werden zusammengelegt. Die individuelle Förderung, die zwingend vorgeschrieben ist, wird gestrichen. Lehrer aus anderen Schularten werden eingesetzt. Die Gründe: Es gibt zu wenig Stammpersonal. Planstellen werden gekürzt. Zunehmend werden befristete Verträge abgeschlossen. Lehrer wandern nach Hessen ab. Das ist von Aschaffenburg oder Miltenberg nicht allzu weit entfernt, und Lehrer aus Unterfranken werden nach Oberbayern geschickt. Vor Ort fehlen sie dann. Was sagt das Kultusministerium dazu? Kurz gefasst: Im Prinzip ist alles in Ordnung, egal wie die Realität aussieht. Deshalb werden die Forderungen abgelehnt.

Wie argumentiert das Kultusministerium? Die Zahlen hat Frau Trautner eben genannt. Der demografisch bedingte Schülerrückgang ist in Unterfranken deutlich höher als in Oberbayern. Deswegen werden in Oberbayern mehr Lehrer benötigt, und die Unterfranken müssen nach Oberbayern, weil, so das Kultusministerium, die Lehrerzuweisung zwingend den Schülerzahlen folgen muss. Die Frage ist: Wer zwingt und warum an Schülerzahlen orientiert, warum nicht an der Zahl der Klassen?

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Auf die Frage brauchen wir eine Antwort!)

Dass die Unterfranken nach Oberbayern müssen, liege daran, dass der Personalbedarf vorrangig vor den Einsatzwünschen der Lehrer zu berücksichtigen sei. Unterfränkische Heimatgefühle könnten leider nicht berücksichtigt werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bedauerlich!)

Was die Abwanderung nach Hessen angeht, da sei man leider machtlos, wenn es den Leuten dort nun einmal besser gefalle. Die spannende Frage ist doch: Warum gehen Lehrerinnen und Lehrer aus Unterfranken nach Hessen? Doch wohl deshalb, weil sie dort bessere Arbeitsbedingungen vorfinden, weil sie dort einen sicheren Arbeitsplatz bekommen. Diese sind aber nicht vom Himmel gefallen, sondern politisch gewollt, wären also auch in Bayern machbar.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin wurde vor der Landtagswahl die Beamtenquote am Untermain etwas erhöht. Es geht also, wenn man will. Aber gegen den jährlichen Lehrerwechsel sei man leider auch machtlos, weil zum Beispiel Lehramtsanwärter immer nur ein Jahr an einer Schule sein könnten. Das mag sein. Aber warum werden sie dann als Klassenleiter eingesetzt? Gerade in der Grundschule müssen sich die Kinder an ihre Lehrer gewöhnen können. Deshalb ist der ständige Wechsel zu vermeiden. Und das ist eine politische Aufgabe.

Die Mobile Reserve, sagt das Kultusministerium, sei jeweils bedarfsgerecht. Was heißt Bedarf? Ist der tatsächliche Bedarf an Lehrern vor Ort gemeint oder ist das gemeint, was das Kultusministerium als Bedarf vermutet? Offensichtlich Letzteres.

Im Schuljahr 2012/2013 waren nach einer Aufstockung insgesamt 50 Lehrer in Vollzeit in der Mobilen Reserve eingesetzt. Das Schuljahr 2013/2014 hat man mit 46 Lehrern in der Mobilen Reserve begonnen. Nach kurzer Zeit wurde um einen aufgestockt. Man hat also mit einer geringeren Zahl begonnen, obwohl man die Erfahrung gemacht hat, dass das nicht reicht. Warum? Kurzsichtige Politik, kann ich da nur sagen. Deswegen ist es kein Wunder, dass die Lehrkräfte der Mobilen Reserve schon wieder voll im Einsatz sind und schon wieder Schüler auf andere Klassen aufgeteilt wurden. Den Tenor der Antworten kennen wir: Die bayerische Bildungspolitik ist wie die bayerische Politik insgesamt unverbesserlich, und das in zweifacher Hinsicht:

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Denken Sie bitte an die Zeit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es wird gerade spannend, Herr Präsident!)

Kathi Petersen (SPD): Aus Sicht der Staatsregierung, weil sie gar nicht besser sein könnte, und aus Sicht der Kritiker, weil sie erfahrungsresistent ist. Die Kollegen der CSU haben im Bildungsausschuss die Position der Staatsregierung geteilt und die Petitionen abgelehnt. Ich bitte Sie, diese Position zu revidieren. Wir sind von den Bürgern gewählt, um Politik für und nicht gegen die Bürger zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sorgen wir deswegen dafür, dass sich die Situation am Untermain verbessert!

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Frau Kollegin. Das mit der Zeit war die eine Sache; aber mittlerweile hat sich der Kollege Felbinger zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Petersen, Sie haben eindrucksvoll dargestellt, wie die Situation an den Schulen in Unterfranken wirklich ist. Sind Sie mit mir der Ansicht, dass hier Handlungsbedarf besteht

(Widerspruch bei der CSU)

und dass wir für Unterfranken eine Sonderlösung brauchen?

(Thomas Kreuzer (CSU): Super!)

Kathi Petersen (SPD): Ich danke für diese Frage. Natürlich besteht Handlungsbedarf; denn wir haben gesehen, dass die kurzfristigen Verbesserungen, die seitens des Kultusministeriums geschaffen wurden, nicht helfen, das Problem wirklich zu lösen. Wie ich gesagt habe, ist die Mobile Reserve schon wieder voll im Einsatz, und wie Ihnen die Eltern bestätigen werden, fallen schon wieder Stunden aus, weil es nicht reicht. Die Probleme gibt es nicht nur am Untermain, sondern auch im Landkreis Schweinfurt. Sprechen Sie einmal mit den Verantwortlichen in den Schulämtern! Sie werden Ihnen bestätigen können, dass es auch dort zu wenige Lehrer gibt und dass man nicht so viele Pensionäre findet, wie man reaktivieren möchte.

Wir brauchen einen vernünftigen Plan, wie wir die Situation am Untermain und in Unterfranken insgesamt künftig kontinuierlich verbessern können, damit auch dort die Kinder die Bildungschancen haben, die wir ihnen gönnen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Petersen. Nächster Redner ist Kollege Mütze, auch aus Unterfranken. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir die Liste der Rednerinnen und Redner anschau, bin ich etwas überrascht. Hier sitzt ein Kollege, der aus dem Landkreis Miltenberg kommt und im Bildungsausschuss ist, dazu aber nicht redet. Ich finde es schon schwierig,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist bemerkenswert!)

dass Sie hier keine Position beziehen, lieber Kollege Rüth.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist sehr bemerkenswert!)

Das wundert mich ein bisschen, ehrlich gesagt.

(Zuruf von der CSU: Er kümmert sich vor Ort!)

– Aber dann könnte er hier auch offensiv darstellen, was er tut.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er ist aber hier im Saal, stelle ich fest!)

- Vielleicht arbeitet er im Hintergrund; vielleicht erreicht er dann mehr.

(Volkmar Halbleib (SPD): Oder im Untergrund!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich merke in der Debatte, dass Sie die Situation am Untermain nicht verstehen. Es gibt dort eine riesige Fluktuation, und uns laufen viele Lehrerinnen und Lehrer einfach weg, weil sie in Hessen oder in Baden-Württemberg direkt verbeamtet werden, was hier in Bayern oftmals – in Miltenberg war das bis in den letzten Jahren so – nicht der Fall ist. Sie haben die Lehrerinnen und Lehrer nicht verbeamtet. Diese Menschen haben natürlich die Möglichkeit zu sagen: Ich gehe nicht nach Oberbayern, was soll ich dort? Ich kann 20 Kilometer entfernt in Michelstadt oder in Wertheim Lehrerin oder Lehrer werden. Dafür muss ich nicht nach Oberbayern gehen. - Diese Situation verstehen Sie in gar keiner Weise.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie lösen das Problem sozusagen mit dem Rasenmäher, wie Sie es überall machen. Die Mobile Reserve wird erhöht. Das haben Sie getan; das will ich gar nicht bezweifeln. Sie haben jetzt auch die Zahl der verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer erhöht. Sie stopfen aber die Löcher bei uns am Untermain und reißen Löcher in Schweinfurt

bei der Kollegin Petersen auf. Dort fällt Unterricht aus, weil Sie nicht wirklich etwas an der Basis tun.

Wir brauchen Lösungen für Unterfranken und für den bayerischen Untermain im Besonderen. Natürlich haben Sie damit recht, dass in Oberbayern mehr Kinder unterrichtet werden als in Unterfranken. Das ist mir völlig klar; die demografische Situation ist uns allen bewusst. Aber haben Sie nicht selber Ganztagsunterricht an der Grundschule beschlossen? Haben Sie nicht selber beschlossen, dass die Klassen kleiner sein sollen? Brauchen wir dann nicht auch mehr Lehrer in Unterfranken? Ich glaube, Sie kennen die Antwort. Wir brauchen für diese Aufgaben – für die Inklusion, die Sie mit beschlossen haben, natürlich auch – natürlich mehr Lehrerinnen und Lehrer.

Eine Lösung nach Schema F reicht uns nicht, und sie reicht den Eltern nicht, die die Situation am Untermain ertragen müssen. Gerade in dem Augenblick, in dem Sie darauf hinweisen, dass die Grundlage der Bildung in der Grundschule gelegt und die individuelle Förderung ganz nach oben gestellt wird, verweigern Sie unseren Kindern am Untermain die beste Bildung oder haben sie über lange Zeit verweigert.

Wie sehen Lösungen aus? - Herr Kollege Fahn hat sie schon genannt. Zum Beispiel könnten sich die Lehrkräfte verpflichten, fünf oder sieben Jahre lang in Aschaffenburg, Miltenberg oder Obernburg zu bleiben, wobei sie dann an diesem Ort bleiben müssten und nicht in ihre Heimat, vielleicht nach Mittelfranken oder in die Hassberge, zurück könnten. Eine solche Situation könnte man schaffen.

Man könnte auch dazu übergehen, Leute nicht nur wegen familiärer Beziehungen von Oberbayern nach Unterfranken zurückkehren zu lassen, weil sie möglicherweise Kinder haben oder Eltern zu pflegen sind, sondern auch andere Kriterien gelten zu lassen. Auch das wäre möglich, wenn man wollte.

Möglich wäre auch – das hat der Kollege Fahn ebenfalls gesagt – ein zweijähriger Vertrag, wenn Sie die Möglichkeit dazu im Haushaltgesetz schaffen würden. Das wol-

len Sie aber nicht. Deswegen machen Sie es nicht, und dann geht es nicht. Das sind Ausreden, die wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Eltern am Untermain wollen, dass ihre Kinder die bestmögliche Ausbildung bekommen. Sie haben das Recht darauf wie alle Eltern in Bayern. Ihre Aufgabe ist es, die Sondersituation, die wir Ihnen geschildert haben, schnell zu beseitigen. Werden Sie dieser Aufgabe endlich gerecht!

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn RÜTH. Das wird Sie nicht wundern, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Ich habe ihn ja auch angesprochen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Eben. Herr Kollege RÜTH, bitte schön.

Berthold RÜTH (CSU): Herr Kollege Mütze, wissen Sie, dass die erwähnten vielen Unterschriften von der ehemaligen Kollegin Pranghofer und von den FREIEN WÄHLERN gesammelt wurden? Wissen Sie, Herr Mütze, dass die Petition des BLLV vom Juli 2013 stammt? Damals gab es eine BLLV-Versammlung im Landratsamt Miltenberg, und da wurden die Unterschriften gesammelt. Wissen Sie auch, dass die Petition erst im Oktober eingereicht wurde? Wissen Sie auch, dass die Zahl der befristeten Verhältnisse zum Schuljahresbeginn auf meine Initiative hin in etwa halbiert wurde?

(Volkmar Halbleib (SPD): Was der alles weiß! Aber hier reden will er nicht!)

Wissen Sie, dass wir in Miltenberg sieben Stellen mehr haben? Wissen Sie das, Herr Kollege Mütze? Wissen Sie, dass jedes Jahr die besten Absolventen in Unterfranken bleiben? Wissen Sie, dass diejenigen, die verbeamtet werden wollen, jedes Jahr nach Oberbayern gehen? Wissen Sie auch, dass es für die jungen Lehrer am bayerischen Untermain eine große Chance ist, dass sie, wenn sie nicht nach Oberbayern gehen wollen, ins benachbarte Hessen gehen können?

Ich finde, diese Fragen sollten Sie beantworten. Zu Ihrer Aussage, dass ich mich nicht geäußert habe, Herr Kollege Mütze, sage ich klipp und klar: Die Damen, die die Petitionen eingereicht haben, haben zum großen Teil in Erlenbach am Main auf der SPD-Stadtratsliste kandidiert.

(Zurufe: Was ist die Frage? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die ganze Angelegenheit ist nicht nur fachlich und sachlich, sondern auch sehr stark parteipolitisch motiviert.

(Beifall bei der CSU)

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Kollege Rüth, ich finde das sehr traurig. Sie haben mir soeben einiges zu diesem Thema gesagt. Warum stellen Sie sich nicht hier vorn hin und reden für Ihre Fraktion, und zwar genau mit den Argumenten, die Sie mir genannt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben gesagt, Sie hätten erreicht, dass mehr Lehrkräfte in der Region Bayerischer Untermain bleiben können. Das ist doch ein Erfolg. Warum verkaufen Sie diesen nicht? Sie haben ferner erwähnt, dass die Mobile Reserve aufgestockt wurde. Auch das verneinen wir nicht, lieber Kollege Rüth.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wer bei uns redet, das entscheiden immer noch wir selbst!)

- Es ist klar, dass Sie das selbst entscheiden. Aber auch ich bin nicht Mitglied des Bildungsausschusses. Dennoch haben wir GRÜNE uns dazu entschieden, denjenigen reden zu lassen, der vor Ort aktiv ist. So ist das bei uns, liebe Frau Kollegin Schreyer-Stäblein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wir entscheiden selbst darüber und beachten den regionalen Proporz.

Herr RÜTH hat gesagt, was aus seiner Sicht zu sagen war. Was ich ergänzen kann: Auch ich war bei der Versammlung im Landratsamt Miltenberg anwesend. Dort hat uns das Schulamt die Situation deutlich vor Augen geführt. Daher weiß ich genau, wie die Situation über viele Jahre hinweg war. Kollege Bausback hat damals in Vertretung von Ihnen teilgenommen.

Wir bitten Sie, die Situation zu verbessern. Schauen Sie besonders auf den bayerischen Untermain! Wenn Sie, Herr Kollege RÜTH, das wirklich in die Hand nehmen, dann wird es sicherlich bald besser werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Herr Kollege. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Kollege Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Mütze, wissen Sie – insoweit beziehe ich mich auch auf Herrn RÜTH –, dass die Elternbeiräte einen Anteil von schätzungsweise 90 % daran haben, dass die Petitionen gestartet wurden? Sie wurden übrigens auch von den Elternbeiräten getragen. Wenn SPD und FREIE WÄHLER das Anliegen unterstützen, dann ist das gut so. Wir unterstützen alles, was die Situation der Schüler und der Eltern verbessert. Wenn von den Stadträten in Erlenbach die Rede ist, dann weise ich darauf hin, dass nur zwei Stadträte die Sitzung des Bildungsausschusses besucht haben; mehr waren nicht da. Die Initiative geht von den Elternbeiräten aus, und diese sind zu 95 % parteipolitisch neutral.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wüsste sicherlich, wenn die FREIEN WÄHLER oder die SPD am Untermain 3.000 Mitglieder hätten, die das alles hätten unterschreiben können. So viele Mitglieder haben sie nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass die Unterschriften von Menschen geleistet wurden, die das Problem erkannt haben und jeden Tag damit umgehen müssen. Das sind die Eltern, deren Kinder in Schulen gehen, in denen die Probleme auftreten.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Mütze. – Jetzt hören wir die Stellungnahme der Staatsregierung von Herrn Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Petitionen haben zwei wesentliche Ziele: Sicherstellung der Unterrichtsversorgung und Kontinuität in der Klassenführung. Das sind wichtige bildungspolitische Anliegen in ganz Bayern. Jeder ist berechtigt, diese Anliegen an den Landtag heranzutragen und hier zur Diskussion zu stellen. Auch für das Kultusministerium sind das wichtige Ziele. Wir widmen uns intensiv der Umsetzung, auch wenn man zugeben muss, dass das vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und sehr kleinteiliger Strukturen eine echte Herausforderung ist.

Die Situation am Untermain war verbesserungswürdig. Darauf haben uns die Kollegen Bausback und Rüth, aber auch Kollegen anderer Fraktionen hingewiesen. Wenn etwas verbesserungswürdig ist, dann bemühen wir uns, eine Verbesserung herbeizuführen. Wir haben bereits einige Maßnahmen eingeleitet.

Zunächst noch einige grundsätzliche Anmerkungen zu dem Thema Bildung: Für die CSU-Landtagsfraktion und die Staatsregierung ist Bildung ein Investitionsschwerpunkt. Dabei bleibt es. Wir haben in den vergangenen Jahren über 5.000 zusätzliche Planstellen geschaffen. Ich bin der CSU-Landtagsfraktion sehr dankbar dafür, dass im

nächsten Schuljahr keine Lehrerstellen gestrichen werden. Die demografische Rendite bleibt im System, und wir werden die Situation weiter verbessern. Ein Hinweis auf Baden-Württemberg bringt gerade bei diesem Thema gar nichts; denn die dortige Landesregierung streicht Tausende Lehrerstellen und ist insoweit kein Vorbild für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben zahlreiche Maßnahmen eingeleitet und werden sie auch weiterführen.

Das Verhältnis von befristeten zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen ist mehrfach angesprochen worden. Im Landkreis Miltenberg war der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse überdurchschnittlich hoch, es gab nur 89 % unbefristete Arbeitsverhältnisse. Der Durchschnitt in Bayern liegt bei 96 %. Wir haben Maßnahmen eingeleitet, um den größten Teil der unbefristeten Stellen in die Region Bayerischer Untermain zu lenken. Deswegen liegt die entsprechende Quote in Miltenberg schon bei 94 %; sie nähert sich dem bayernweiten Durchschnitt.

Die Anzahl unbefristeter Neueinstellungen in Unterfranken haben wir insgesamt deutlich gesteigert. Ein großer Teil davon erfolgt genau in diesem Bereich. Diese Bemühungen werden wir fortsetzen.

Was Versetzungswünsche aus dem Bereich Bayerischer Untermain in andere Landkreise betrifft, so haben wir strenge Maßstäbe angelegt. Versetzungen sind nur in begründeten Härtefällen möglich, um die Lage nicht zu verschlechtern. Hier ist immer wieder nach Sonderregelungen gerufen worden. In Bezug auf die Planstellen ist das schwierig; denn diese müssen – das gilt generell für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse – nach dem Leistungsprinzip und regional gleichmäßig vergeben werden. Dieser Grundsatz gilt in Bayern. Die Planstellen eignen sich also nicht für eine Sonderregelung.

Wir haben den Demografiefaktor eingeführt, um in die Regionen, in denen der Schülerrückgang besonders hoch oder die Struktur besonders kleinteilig ist, zusätzliche Mit-

tel geben zu können. Unterfranken profitiert von dem Demografiefaktor überproportional. Sie sehen, wir haben das Anliegen, eine Verbesserung herbeizuführen, aufgegriffen. Die eingeleiteten Maßnahmen werden wir weiterführen; denn die Verbesserung der Situation ist auch uns ein großes Anliegen.

Ein Vorschlag in der Petition zielt darauf ab, die Befristung von Verträgen auf zwei Jahre auszudehnen. Dazu ist festzustellen, dass das in vielen Fällen keine Lösung wäre. Die Lehramtsanwärter sind im zweiten Jahr ihres Vorbereitungsdienstes für ein Jahr an einer Schule und dort zu Recht oft mit der Klassenleitung betraut; denn das sollen sie lernen. Man muss im Vorbereitungsdienst die Realität an der Schule kennenlernen. Das ist nicht durch Zuschauen möglich, sondern nur dadurch, indem man aktiv einen Part übernimmt, den man auch später übernehmen möchte. Die Lehramtsanwärter sollen die Klassenleitung ausprobieren können. Im Vorbereitungsdienst ist dafür ein Jahr vorgesehen; meist ist es eine 3. Klasse. Beim Übergang auf die 4. Klasse kann keine Kontinuität hergestellt werden; man braucht die Ergänzung für ein weiteres Jahr. Da helfen auch Zweijahresverträge in der vorgeschlagenen Form nicht weiter.

Wir bekämen insoweit übrigens auch rechtliche Probleme. Längere Verträge sind bessere Verträge, die wiederum regional gleichmäßig und nach der Schülerzahl und nach dem Leistungsprinzip vergeben werden müssen. Das ist im Rechtsstaat nun einmal so. Wir können also keine Sonderregelung treffen.

Ich möchte es noch einmal betonen: Wir haben die Situation gesehen und sind für die Hinweise dankbar. Die eingeleiteten Maßnahmen werden wir fortführen. Für regionalspezifische Regelungen haben wir den Demografiefaktor. Die ersten Erfolge sind sichtbar; das wird sich fortsetzen. Ich bedanke mich bei allen, die durch ihre Anregungen und Vorschläge dazu beitragen, die Lage zu verbessern. Uns ist auf jeden Fall daran gelegen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Stopp! Die Zwischenbemerkungen kommen heute so überraschend, dass ich immer sehr schnell einschreiten muss, weil die Redner das Pult oft schon verlassen haben. – Herr Kollege Felbinger, bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Ihre Ausführungen haben bei mir zwei Nachfragen ausgelöst. Sie haben gesagt, die Vergabe der Stellen werde gemäß Dienstrecht nach Leistung und regionaler Ausgewogenheit vollzogen. Meines Erachtens richtet sich das Dienstrecht immer noch nach Leistung, Eignung und Befähigung. Wenn es so wäre, dass regionale Ausgewogenheit mitzählen würde, hätten wir nicht dieses Problem, sondern wir hätten genau die Ausgewogenheit, dass überall die erforderlichen Leute vorhanden wären. Könnten Sie das einmal aufklären?

Dann möchte ich gern von Ihnen wissen, in welcher kultusministeriellen Verordnung eine Richtlinie festgehalten ist, dass im Zuge der Lehrerausbildung Referendare eine Klassenleitung übernehmen sollen.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Damit kein Missverständnis entsteht, sage ich: Die Planstellen werden regional gleichmäßig auf die Regierungsbezirke verteilt. Wir können die Planstellen nicht ungleichmäßig verteilen. Das geschieht aufgrund der Schülerzahlen. Die Planstellen werden also regional verteilt, und die Planstelle selber wird in Bezug auf die Bewerber nach dem Leistungsprinzip verteilt.

Genauso ist das übrigens auch bei den Verträgen. Die besseren Verträge, das sind also unbefristete Verträge, werden auch zuerst nach Leistung vergeben, das heißt: erst die Planstellen, dann die unbefristeten und am Ende die befristeten Verträge. Ich sage das, damit es keine Missverständnisse gibt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Also eine regionale Verteilung!)

- In Bezug auf die Planstellen!

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

- Die Planstellen werden entsprechend den Schülerzahlen regional verteilt.

(Unruhe)

Die Planstellen sind da. Sie werden entsprechend den Schülerzahlen verteilt. Wir können nicht eine Region gegenüber den anderen Regionen bevorzugen. Die Planstellen pro Region werden nach dem Leistungsprinzip an die Bewerberinnen und Bewerber vergeben. So ist das System. Deswegen können wir nicht in eine Region in Bezug auf die Schülerzahl unverhältnismäßig viele Planstellen geben, sondern dafür gibt es eine gleichmäßige Verteilung entsprechend den Schülerzahlen.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Damit ist die Zwischenbemerkung beantwortet.

(Anhaltende Unruhe)

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Meine Damen und Herren, die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nach der Geschäftsordnung ist unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingaben behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat beschlossen, die Eingaben gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahmen der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Den Petentinnen und Petenten sind die Stellungnahmen der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden.

Die Fraktionen FREIE WÄHLER und GRÜNE haben beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchzuführen.

Wer dem Votum des Ausschusses für Bildung und Kultus gemäß § 80 Nummer 4 zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen befinden sich dort, wo sie sonst auch immer sind. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Sind Sie mit drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

- Gut, danke schön, drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.53 bis 20.56 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales zu ermitteln.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "UN-Behindertenrechtskonvention ernst nehmen - Förderung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderung", Drucksache 17/1097, bekannt: Mit Ja haben 49 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt, es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Die übrigen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1098, 17/1100 bis 17/1103 sowie 17/1114 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zu den Eingaben betreffend "Lehrersituation an Grundschulen am bayerischen Untermain und an den Grund- und Mittelschulen im Bereich

des Schulamtsbezirks Miltenberg", Tagesordnungspunkt 8, bekannt: Ja-Stimmen 71, Nein-Stimmen 60. Damit ist dem Votum des Ausschusses für Bildung und Kultus entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.03.2014 zu Eingaben betreffend Lehrersituation an den Grundschulen am bayerischen Untermain und an den Grund- und Mittelschulen im Bereich des Schulamtsbezirks Miltenberg (Bl.0004.17, 0005.17, 0006.17, 0007.17, 0008.17 und 0011.17)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael			
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann			
Jörg Oliver			
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter			
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	71	60	0